

Berufliche Strahlenbelastung

Verstrahlte Radarsoldaten fordern Schadensersatz und Schmerzensgeld

Die für die Schadensregulierung zuständigen Verwaltungen arbeiten „nicht nur langsam, sondern sie erwecken allzu oft den Eindruck, dass es ihnen in erster Linie darauf ankommt, finanzielle Ansprüche gegen den Staat abzublocken“. Das konstatierte der „Arbeitsstab Dr. Sommer“ des Verteidigungsministers.

Bei der Arbeit an Radargeräten durch Röntgenstrahlen geschädigte Bundeswehrosoldaten fordern vom Verteidigungsministerium nicht nur eine Rentenversorgung, sondern auch Schadensersatz und Schmerzensgeld. Einen Tag nach Bundesverteidigungsminister Scharpings Ankündigung einer „möglichst streitfreien und möglichst großzügigen Regelung“ überreichte der Berliner Rechtsanwalt Reiner Geulen dem Minister am 22. Juni 2001 die Forderungen von 135 erkrankten Radarmechnikern, ihren Angehörigen und Hinterbliebenen. Für eine außergerichtliche Einigung setzte er eine Frist bis zum 16. Juli 2001. Geulen fordert für an Krebs erkrankte Strahlenopfer und Hinterbliebene Schmerzensgeld bis zu 600.000 DM pro Person und bei schweren genetischen Erbschädigungen der Kinder von Radartechnikern bis zu einer Million Mark.

Zuvor hatte die vom früheren Chefredakteur der Wochenzeitung Die Zeit, Theo Sommer, geleitete Untersuchungskommission festgestellt, daß die Bundeswehr ihre Soldaten über lange Jahre hinweg nicht ausreichend vor der bei der Erzeugung von Radarstrahlung auch entstehenden Röntgenstrahlung geschützt hatte. Strahlentelex hatte bereits ausführlich in der Ausgabe 340-341 vom 1. März 2001 berichtet. Die Kommission war am 18. Januar 2001 von Minister Scharping eingesetzt worden, nachdem vor Weihnachten 2000 die Medien über mögliche Gesundheitsschäden

durch in Jugoslawien eingesetzte panzerbrechende Uran-Munition (depleted uranium, DU) berichtet hatten. Nachdem sich die Berichterstattung auch auf geschädigte Radarsoldaten erstreckte, war der Arbeitsauftrag ausgeweitet worden. Am 21. Juni 2001 wurde der knapp 130 Seiten umfassende Kommissionsbericht dem Minister übergeben.

Geulen wirft nun dem „Arbeitsstab Dr. Sommer“ eine Verharmlosung des Verschuldens der Bundeswehr vor. Diese habe seit 1958 von den Strahlenrisiken gewußt, die Geräte aber trotzdem bis Mitte der 80er Jahre nicht umgerüstet. Zudem handele es sich auch nicht um Einzelfälle, sondern um eine erhebliche Anzahl von Betroffenen.

Den Angaben zufolge arbeiteten in den 60er und 70er Jahren etwa 90.000 Soldaten an Radargeräten. Bis zu 1.000 ehemalige Soldaten sollen dabei gesundheitlich geschädigt worden und zum Teil bereits daran gestorben sein. Der Kommissionsbericht rügt, daß die Anerkennungsverfahren für die Strahlengeschädigten viel zu lange dauerten. „Einzelne schleppen sich über Jahre hin. Dies liegt auch daran, dass sich die Bundeswehr bisher nicht systematisch um die Beschaffung von Informationen über frühere Arbeitsbedingungen an Radargeräten bemüht hat“, so die Sommer-Kommission in ihrem Bericht. Sie wirft den für die Bearbeitung der Schadensfälle zuständigen Verwaltungen zögerliches Verhalten vor: „Sie fürchten die Präzedenz-

wirkung von Verwaltungsentscheidungen und blocken daher gerne ab.“ Die Kommission empfiehlt Minister Scharping schließlich, dort, wo es um „Entschädigung und nicht um Schadensersatz“ gehe, generös zu sein. Andernfalls seien „Imageschaden“ und „Vertrauensverlust“ zu befürchten.

Ein Balkan-Syndrom durch Uran-Munition vermochte der „Arbeitsstab Dr. Sommer“ dagegen nicht zu erkennen. Eine Gesundheitsgefährdung deutscher Soldaten in Kosovo habe nicht bestanden, heißt es zum primären Untersuchungsauftrag der Kommission. 31.000 Schuß DU-Munition sollen auf 112 Zielorte abgefeuert worden sein. Eine genaue Zielliste habe die Nato erst ein Jahr nach dem Einsatz von den USA erhalten. Die Munitionsreste sind laut Sommer inzwischen entweder von den Amerikanern geborgen worden oder tief ins Erdreich eingedrungen. ●

Personalien

Neuer SSK-Vorsitzender gewählt

Der Braunschweiger Professor Günther Dietze ist der neue Vorsitzende der Strahlenschutzkommission (SSK). Dietze war bisher neben Prof. Wolfgang Köhnlein einer der beiden stellvertretenden Kommissionsvorsitzenden. Dietze tritt damit die Nachfolge der Epidemiologin Maria Blettner an, die Mitte Mai im Streit mit dem Umweltministerium zurückgetreten war (Strahlentelex berichtete).

Der 64-jährige Dietze war im Februar nach mehr als 30-jähriger Forschung von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig verabschiedet worden. Er leitete dort die Abteilung Ionisierende Strahlung. Sein Schwerpunkt waren Grenz-

werte und Messmethoden von Strahlung. Einen Einblick in seine Qualifikation konnten sich Fachleute und PolitikerInnen im Frühjahr 2000 während eines Fachgesprächs zur Umsetzung der EURATOM-Richtlinie verschaffen. In einem Disput mit Köhnlein über das Strahlenrisiko erklärte er, das Fehlen von Fehlerabschätzungen zu früheren Zeiten deute darauf hin, daß diese Angaben wohl sehr genau gewesen seien (siehe auch Strahlentelex Nr. 320-321). ●

28./29. September 2001, Mörfelden-Walldorf:

2. Workshop des Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagerstandorte

Der Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AkEnd) plant, in einem öffentlichen Workshop am 28. und 29. September seine Empfehlungen für das Auswahlverfahren geeigneter Standorte für die Endlagerung radioaktiver Stoffe vorzulegen. In diesem 2. Workshop möchte der AkEnd den im letzten Jahr begonnenen Diskurs mit der Öffentlichkeit fortführen. Vorgesehen sind im einzelnen Berichte und Diskussionen zum Stand der bisherigen Arbeit des AkEnd, zum Verfahren bei der Standortauswahl, über die Kriterien zur Standortauswahl und über die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Festlegung und Durchführung des Auswahlverfahrens.

Der Workshop findet statt in Mörfelden-Walldorf bei Frankfurt/Main. Die Teilnahme ist kostenlos. Eine Anmeldung wird bis zum 15.9.2001 erbeten.

Weitere Informationen unter www.akend.de oder im Tagungssekretariat unter Telefon 0221 / 92 57 93 - 64. ●